

Kommentare

Opferaltare und Reformen – Warum die Kritik an Chinas Wirtschaftspolitik nicht überzeugend ist

von Philipp Beckmann

Juli 2018

Wenn man der Rezeption der Politik der Volksrepublik China in Europa und Nordamerika folgt, fällt auf, dass diese überwiegend sehr kritisch ist. Es wird eine „aggressive“ Handels- und Wirtschaftspolitik kritisiert.¹ Daneben hat in den vergangenen Jahren die Kritik an dem wachsenden sicherheitspolitischen Einfluss Chinas zugenommen, zudem wird mittlerweile von vielen Beobachtern die Sorge geäußert, dass sich das politische Modell Chinas als ordnungspolitischer Gegenentwurf zum westlichen Modell der liberalen Demokratie durchsetzen könnte.

China wird dabei vorgeworfen, sich durch staatlich finanzierte Investitionen in ausländische Unternehmen und Hackerangriffe sich gezielt Wissen anzueignen und so eine Konkurrenz darzustellen. Augenscheinlich wurde dies in Deutschland besonders durch die Bemühungen der Bundesregierung die Möglichkeiten chinesischer Investoren in Deutschland durch eine Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes stärker zu beschränken. Auch versuchte die

Bundesregierung eine verschärfte Regelung auf EU-Ebene einzuführen, bislang jedoch mit wenig Erfolg.² Im Jahr 2016 erklärte der damaligen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in einem Gastbeitrag für ein Wirtschaftsmagazin, er sei „jedenfalls nicht bereit, Arbeitsplätze und Unternehmen auf dem Altar offener Märkte Europas zu opfern“³. Deutschland als ein Opfer offener Märkte – ein bemerkenswertes Wirtschaftsverständnis für den Wirtschaftsminister eines Land, das sich selbst stolz als „Exportweltmeister“⁴ rühmt.

Man könnte sich fast fragen, wo sich wohl das unter ebendiesem Exportüberschuss und dem „Diktat offener Märkte“ leidende Griechenland in dieser kuriosen Weltsicht verorten würde. Gabriel ist mit seiner Kritik jedoch längst nicht allein, auch viele andere deutsche Politiker kritisieren Akquisitionen durch chinesische Investoren. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Maßen erklärte auf einer öffentlichen Konferenz in Berlin im April dieses Jahres in Bezug auf China

„Wirtschaftsspionage ist nicht mehr notwendig, wenn man unter Nutzung des liberalen Wirtschaftsrechts die Unternehmen einfach aufkaufen und sie dann ausweiden oder ausschlachten kann, jedenfalls, was das Know-how dieser Unternehmen angeht“⁵. Diese eigentlich absolut banale Feststellung, die für jeden freien Markt gilt, da ein wesentliches, wenn nicht das dominierende Motiv vieler Übernahmen neben der Erschließung neuer Kunden und Märkte die Erschließung von Knowhow und Ressourcenscheint ist, scheint auf einmal eine eigenartige Relevanz zu gewinnen, wenn es um chinesische Unternehmen geht.

Hinter derartigen Aussagen verbergen sich immer noch auch gravierende Vorurteile der chinesischen Volkswirtschaft. Man geht davon aus, dass diese immer noch die Werkbank der Welt wären und die Innovationen woanders stattfinden würden und nur dort produziert werden würden; China könne all dies gar nicht selbst herstellen, sondern nur aufgrund von Industriespionage bekommen. Vielen Kritikern fällt es immer noch schwer zu akzeptieren, dass ein Land, in dem der Staat, für den in den Augen vieler in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem eher eine Nebenrolle designiert ist, ein derartig mächtiger Akteur ist, dennoch so erfolgreich an der Weltwirtschaft partizipieren kann. Die ehemalige Direktorin des Berliner Büros der Unternehmensberatung McKinsey und beamtete Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium Katrin Suder fasste dieses Problem in einem Interview treffend zusammen, „Gerade gegenüber China sollte der Westen seine Haltung überdenken. Bislang bestand in weiten Teilen die Hypothese, dass die Chinesen nur kopieren, nichts selbst entwickeln können. Dieses Bild gilt es dringend zu revidieren“⁶.

Die Kritik ist aber auch deshalb haltlos, weil sie ein vollkommen verkehrtes Bild zeichnet. Einer der wichtigsten Gründe warum Unternehmen gerne an chinesische Investoren verkauft werden, ist, dass diese – anders als

viele allein an einer kurzfristigen Gewinnsteigerung interessierten Private-Equity Funds und Investmentbanken – am langfristigen Wohl der Firma interessiert sind. Ein Beispiel ist das Unternehmen Linde Hydraulics, ein 1904 in München gegründeter Mittelständler mit ca. 1400 Mitarbeitern.⁷ Nach wechselnden Eigentümern gehörte es ab 2006 den US Investmentunternehmen KKR & Co. LP⁸ sowie der Bank Goldman Sachs⁹. Beide Unternehmen unterließen aber aufgrund der Finanzkrise dringend benötigte Investitionen in das Unternehmen und versuchten den kurzfristigen Gewinn für einen geplanten Börsengang zu maximieren, um das Unternehmen im Zuge dessen wieder zu verkaufen. Auf Initiative des deutschen Managements wurden die Pläne für einen Börsengang aufgegeben und das Unternehmen an die chinesische Gruppe Weichai Power verkauft. Weichai Power ließ das Unternehmen zunächst vollkommen selbstständig arbeiten, vertiefte langsam die Kooperation und half beim Erschließen asiatischer Märkte. Heute steht Linde Hydraulics in einem kompetitiven Markt gut dar und konnte seine Belegschaft in Deutschland aufstocken. Diese Geschichte steht exemplarisch für viele. Chinesische Investoren sind für ihren langen Atem und eine strategische Unternehmensführung bekannt und beliebt bei deutschen Unternehmen, da sie in aller Regel kein eigenes Führungspersonal mitbringen und nicht in das operative Geschäft eingreifen.

Das zweite Argument, das gegen die chinesische Wirtschaftspolitik angeführt wird, ist die mangelnde Reziprozität, die Tatsache, dass ausländische Investoren in China keine vergleichbaren Rechte haben, wie chinesische in Europa. Dieses Argument kann jedoch nicht überzeugen, da es am Kern der Problematik vorbeigeht. Der Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz erklärte, dass von einem absoluten Freihandel immer die wirtschaftlich starken Nationen profitiert haben. Er führt den Aufstieg Chinas unter anderem darauf zurück, dass sich das Land schrittweise öffnet und dabei „Zusammenhänge zwischen Ökonomie

und politischer und gesellschaftlicher Stabilität“¹⁰ berücksichtige. Des Weiteren fällt auch auf, dass die deutschen Investitionen in China immer noch mehr als doppelt so hoch sind wie die chinesischen in Deutschland, insofern erscheint die Überzeugungskraft dieses Arguments auch aus faktischer Perspektive zweifelhaft.

Fraglich ist, warum China trotzdem so kritisch beäugt wird. Die positiven Effekte chinesischer Investitionen in Unternehmen in Europa dürften auch dem Bundeswirtschaftsministerium und andere Regierungen nicht entgangen sein. Neben den oben aufgezeigten Vorurteilen scheinen zwei tieferliegende Probleme von Relevanz zu sein, die beide primär politischer Natur sind.

Chinas Aufstieg wird vom Westen sehr kritisch gesehen. Das hängt rein geopolitisch vor allem mit der Angst vor dem Verlust der eigenen Machtposition zusammen. Diese Argumente sind in Amerika unter der Trump Administration noch deutlich präsenter als in Deutschland. Aus historischer Sicht spielt hier eine Gefahr, die als „Thucydides-Trap“ bekannt ist, herein.¹¹ Sie geht auf den griechischen Strategen und Historiker Thucydides zurück. Dieser sah den tieferen Grund für den von 431 v. Chr. bis 404 v. Chr. dauernden Krieg zwischen Sparta und dem von Athen angeführten attischen Seebund in dem problematischen Verhältnis zwischen einer aufsteigenden Macht und einer etablierten Macht; er schrieb „The real cause I consider to be the one which was formally most kept out of sight. The growth of the power of Athens, and the alarm which this inspired in Lacedaemon, made war inevitable“¹². Der in Harvard lehrende Politikwissenschaftler und Historiker Alexander Graham hat mehr 25 mit dem peloponnesischen Krieg vergleichbare Situationen gefunden, die im Laufe der letzten 2000 Jahre geschehen sind und festgestellt, dass es bei mehr als 20 dieser Situationen zu einem gewaltsamen Konflikt gekommen ist. Tatsächlich ist sowohl in den Vereinigten Staaten, als auch in Europa, dass sich in

sicherheitspolitischen Angelegenheiten lange Zeit sehr an den Einschätzungen der USA orientiert hat, eine große Skepsis gegenüber China vorherrschend.¹³ Inwieweit die Skepsis der USA und die daraus resultierende aggressivere Außenpolitik aus der Perspektive der EU aus geo- und sicherheitspolitischen Erwägungen zustimmungswürdig ist, kann hier mangels Platz jedoch leider nicht diskutiert werden.

Das zweite für die europäischen Regierungen wohl ausschlaggebendere tiefere Argument, ist die Angst vor dem Erfolg des chinesischen Systems. Die Langatmigkeit und Zielstrebigkeit der chinesischen Regierung bereitet vielen westlichen Politikern, die sich mit den Nachteilen und Ineffizienzen der Entscheidungsfindung und -umsetzung in einer liberalen Demokratie herumschlagen müssen, Sorgen. Anders als in Europa ist Politik in China nicht die „Kunst des Machbaren“, sondern höchstens die „Kunst des Möglichen“ und das ist ob der Einwirkungsmöglichkeiten und der finanziellen Ressourcen der Regierung der Volksrepublik häufig recht viel. Besonders zeigt sich das bei der One Belt one Road Initiative (Neue Seidenstraße), die durch massive Investments in die Infrastruktur in Europa und Asien den Handel zwischen China und Europa massiv fördern soll. Die Investitionen werden insgesamt ein Volumen von fast 900 Milliarden Euro haben, in kaum einem anderen Land wäre ein Projekt von auch nur annähernd dieser Größe möglich.

Dies führt zu der Frage, ob das chinesische Staatssystem nicht vielleicht langfristig besser ist, als das der westlichen liberalen Demokratie. Jahrzehntlang hatte die liberale Demokratie nach europäischem Vorbild keine Konkurrenz, der Kommunismus war nach dem Zerfall der UdSSR entschwunden und konnte schon vorher keine ernsthafte Konkurrenz darstellen. Das chinesische System stellt sich jedoch als erstaunlich resilient dar; es ist mit dem Kapitalismus vereinbar, verschafft seinen Bürger Wohlstand und ist ein Garant für Stabilität. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler

und Professor an der, in Peking angesiedelten, Tsinghua-Universität Daniel Bell zum Beispiel erklärte, dass das chinesische Modell einer meritokratischen Führungsauserle auf Dauer deutlich zukunftsfähiger sei, als das amerikanische.¹⁴ Auch wenn viele nicht so weit gehen, besteht doch weitestgehende Einigkeit, dass mit dem chinesische Modell zum ersten Mal seit langem eine veritable Alternative zur westlichen Demokratie aufgekommen ist, die insbesondere in Entwicklungsländern aufmerksam verfolgt und teilweise bereits adoptiert wird.¹⁵

So verständlich die Besorgnis über diese Entwicklung ist, so sinnlos ist der Versuch durch ein vermeintliches Schwächen Chinas die eigene Position zu stärken. Die neue Konkurrenz sollte vielmehr als Anstoß für dringend benötigte Reformen genutzt werden. Der in Oxford lehrende Historiker Timothy Garton Ash sagt dazu „Wir haben im Westen einiges verschlafen, weil wir keine größere Konkurrenz hatten. (...) [das] Modell [der westeuropäischen Sozialdemokratie] haben wir in Konkurrenz zur Sowjetunion im Kalten Krieg aufgebaut. Und vieles was falsch gelaufen ist, (...) passierte, als es kein konkurrierendes System mehr gab“¹⁶. Der Aufstieg Chinas ist auch deshalb so evident, weil die EU und die USA momentan in einer Krise stecken, dadurch reicht es für China, auf die eigenen Leistungen zu verweisen. Wenn die EU sich reformiert und erneuert, könnte sie auch leichter auf die vielen Nachteile des chinesischen Systems hinweisen. Erste Impulse für eine derartige Reform sind bereits ersichtlich. Insbesondere Frankreich hat unter seinem neuen Präsidenten Emmanuel Macron in der Digital-, Wirtschafts- und Europapolitik eine Reihe von Impulsen gegeben. Die französische Regierung hat vor kurzem einen vom En-Marche Abgeordneten und Mathematikprofessor sowie Träger der Fields Medaille verfasste Strategie für eine neue französische und europäische Digitalpolitik präsentiert.¹⁷ Statt sich Gedanken über Opferaltäre und nicht existente Masterpläne zu

machen, könnte sich die Bundesregierung da einiges anschauen.¹⁸

- ¹ Vgl. dazu exemplarisch: Frankfurter Allgemeine Zeitung Angst vor dem Reich der Mitte <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/china-kommentar-angst-vor-dem-reich-der-mitte-15604057.html> (Zugriff: 14.07.2018); BILD Zeitung Warum es dumm ist, China zur Weltmacht zu verhelfen <https://www.bild.de/politik/ausland/china/china-kommentar-schuler-55800712.bild.html> <https://www.bild.de/politik/ausland/china/china-kommentar-schuler-55800712.bild.html> (Zugriff: 14.07.2018)
- ² Vgl. Handelsblatt EU will Chinas Firmenjäger stärker kontrollieren <https://www.handelsblatt.com/politik/international/uebernahmen-eu-will-chinas-firmenjaeger-strenger-kontrollieren/22624972.html?ticket=ST-3943155-fUDyH7gJJggl5Cs6mbc1-ap3> (Zugriff: 14.07.2014)
- ³ BMWi Opfer offener Märkte <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Namensartikel/2016/20160610-gabriel-opfer-offener-maerkte.html> (Zugriff: 14.07.2018)
- ⁴ CESifo Gruppe Exportweltmeister <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Glossar/11-Deutschland-in-der-Weltwirtschaft/Exportweltmeister.html> (Zugriff: 14.07.2018)
- ⁵ Reuters Verfassungsschutz mahnt zu Vorsicht bei chinesischen Übernahmen <https://de.reuters.com/article/deutschland-china-verfassungsschutz-id-DEKBN1HI1S4> (Zugriff: 15.07.2018)
- ⁶ IP Internationale Politik Nr. 4 73. Jahrgang S. 17; zu Katrin Suder vgl. exempl. TAZ Von der Leyens rechte Hand <http://www.taz.de/15211778/> (Zugriff: 15.07.2018)
- ⁷ Vgl. ausführlich den lesenswerten Bericht in: brand eins Angst vor der fremden Macht <https://www.brandeins.de/magazine/brand-eins-wirtschaftsmagazin/2017/offenheit/angst-vor-der-fremden-macht> (Zugriff: 16.07.2018)
- ⁸ KKR <http://www.kkr.com/> (Zugriff: 16.07.2018)
- ⁹ Goldman Sachs <http://www.goldmansachs.com/index.html> (Zugriff: 16.07.2018)
- ¹⁰ Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Seite 150
- ¹¹ Vgl. dazu exempl. Belfer Center for Science and International Affairs <https://www.belfercenter.org/thucydides-trap/overview-thucydides-trap> (Zugriff: 16.07.2018); TED Kevin Rudd Are China and the US doomed for conflict (sehensw. kurzes Video) https://www.ted.com/talks/kevin_rudd_are_china_and_the_us_doomed_to_conflict (Zugriff: 16.07.2018)
- ¹² Thucydides, Geschichte des peloponnesischen Krieges I [23], engl. Übers. onl. verfügbar unter https://en.wikisource.org/wiki/History_of_the_Peloponnesian_War/Book_1#1:23 (Zugriff: 16.07.2018).
- ¹³ Vgl. dazu exempl. Foroohar, Financial Times Monday 16 July 2018, Globalised Business is a Threat to US security issue, Seite 9.
- ¹⁴ Vgl. dazu Financial Times ‚The China-Model‘, by Daniel Bell <https://www.ft.com/content/6105bd40-15a4-11e5-8e6a-00144feabdc0> (Zugriff: 16.07.2018)
- ¹⁵ Vgl. exemplarisch: Halper, The Beijing Consensus; The Washington Quarterly 33/4 (2010), Nye, American and Chinese Power after the Financial Crisis; Global Business Review, Mamman, Exploring the Meanings of Globalization in Beijing; Der Spiegel Nr. 29 / 14.07.2018, Seite 29 ff.
- ¹⁶ Der Spiegel Nr. 29 / 14.07.2018, Seite 29 ff., „Ich habe nicht den Eindruck, dass man in Deutschland den Ernst der Stunde begriffen hat“ Spiegel Gespräch mit Timothy Garton Ash; zur Person vgl. St Anthony’s College University of Oxford | Professor Timothy Garton Ash <https://www.sant.ox.ac.uk/people/timothy-garton-ash> (Zugriff: 16.07.2018)

¹⁷ Cedric Villani, Artificial Intelligence Towards a French and European Strategy https://www.aiforhumanity.fr/pdfs/MissionVillani_Report_ENG-VF.pdf (Zugriff: 16.07.2018); zu Villani vgl. exempl. Bloomberg News A Math Whiz has become a crucial political figure in France <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-07-15/france-s-world-cup-win-is-a-boost-for-morale-but-not-for-economy> (Zugriff: 16.07.2018)

¹⁸ Zum Umgang Deutschlands mit der Digitalisierung siehe u.a. IP Internationale Politik Nr. 4 73. Jahrgang S. 37

Über den Autor:

Philipp Beckmann ist Student der Rechtswissenschaften an der LMU München. Er interessiert sich insbesondere für europäische und internationale Politik für die Region Ostasien und Pazifik. Dieser Kommentar spiegelt nur seine eigene Meinung wieder und nicht die von Epis Think Tank e.V.

Über Epis Think Tank:

Epis ist ein Think Tank, der es sich zum Ziel gesetzt hat, konkrete und fundierte Lösungen und Handlungsansätze für die politischen und gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu entwickeln. Hierfür ist ein offener Diskurs zur Erarbeitung von effektiven, nachhaltigen und progressiven Strategien notwendig. Die konsensorientierte thematische Auseinandersetzung ist Kernelement jeder Demokratie. Wann immer diese durch ideologische Scheuklappen eingeschränkt wird, tritt Konfrontation anstelle von Dialog.

Durch unsere Mitglieder erarbeiten wir in Kooperation mit zahlreichen Partnern konkrete und tragfähige Lösungsvorschläge, um damit neue Denkanstöße zu setzen. Hierfür organisieren wir Seminare, Exkurse und Diskussionen, um schließlich unsere ausgearbeiteten Ergebnisse im Dialog mit anderen Institutionen sowie in zahlreichen Hintergrundgesprächen mit Politikern, Beamten, Diplomaten, Wissenschaftlern und anderen Entscheidungsträgern zu präsentieren und einzubringen.

kontakt@epis-thinktank.de
www.epis-thinktank.de